

„Sandkiste“ für neue Finanzdienste

Probelauf. Geschäftsmodelle, die auf neuen Technologien beruhen, können bald unter FMA-Aufsicht im Echtbetrieb getestet werden - von Zahlungsdiensten bis zu Online-Versicherungstools.

Wien. In die Begutachtung geschickt wurde der Gesetzesentwurf schon vor über einem Jahr. Aber dann kam Ibiza. Und dann das Coronavirus. Die Neuregelung, die unter dem Schlagwort „Regulatory Sandbox“ läuft und einen kontrollierten Testbetrieb für innovative Finanzdienstleistungen ermöglichen soll, rutschte da auf die Warteliste. Jetzt wurde sie vom Parlament verabschiedet, am 1. September soll sie in Kraft treten und technologieelastigen Dienstleistungen - vor allem Angeboten sogenannter Fintechs - auf die Sprünge helfen.

„Konzessionspflichtige Finanz-Start-ups können ihr Geschäftsmodell in enger Zusammenarbeit mit der FMA (Finanzmarktaufsicht) erarbeiten und so Konzessionen erwerben“, hieß es dazu im Regierungsprogramm, und so steht es nun auch in den Erläuterungen zu dem Gesetz. „Das können zum Beispiel neuartige Zahlungstools sein. Oder Modelle, die für das Finanzmanagement für Kunden eingesetzt werden oder für Online-Versicherungsverträge“, erklärt Rechtsanwältin Johanna Fischer, Partnerin bei Haslinger Nagele.

Laut Gesetz muss es sich um Tätigkeiten handeln, die auf Informations- und Kommunikationstechnologie basieren - das umfasst auch künstliche Intelligenz und die Blockchain. Die Sandbox steht dabei nicht nur Markteinsteigern offen. Auch etablierte Banken und Finanzdienstleister können sie nutzen, um neue Angebote in einem geschützten Rahmen zur Marktreife zu entwickeln.

Versuchskaninchen Kunde?

„Entwickeln erlaubt das, ihr Produkt auf den Markt zu bringen, ohne Strafen zu riskieren. Und Regulatoren können die Risiken und Potenziale des neuartigen Finanzprodukts kennenlernen“, sagt Fischer. Das funktioniere ähnlich wie in einer Sandkiste, „in der sich Kinder mit den Eigenschaften von Sand vertraut machen. Sie lernen, dass er neutral schmeckt, in den Augen brennt, man aber Burgen damit bauen kann.“

Der Unterschied ist freilich, dass die Regulatory Sandbox alles andere als ein Kinderspielplatz ist. Was hier getestet wird, läuft im Echtbetrieb, mit realen Kunden, auch mit Verbrauchern. Und, soweit rechtlich nötig, mit einer vorläufigen Konzession. Macht das die Kunden zu Versuchskanin-

chen? Fischer hält dieses Risiko für gering, allein schon durch die Einbindung der Aufsichtsbehörde. Laut Gesetz muss das Geschäftsmodell im volkswirtschaftlichen Interesse eines innovativen Finanzplatzes liegen, und es darf damit „keine erwartbare Gefährdung der Finanzmarktstabilität oder des Verbraucherschutzes verbunden sein“. Das ist von der Behörde vorab zu prüfen.

WIRTSCHAFTS RECHT

VON CHRISTINE KARY

diepresse.com/wirtschaftsrecht

„Kommt der Öffentlichkeit kein Nutzen aus der Ausübung des Geschäftsmodells zu, kann dieses nicht der Sandbox zugewiesen werden“, heißt es dazu in den Erläuterungen. Ob davon eine nennenswerte Gefährdung für die Finanzmarktstabilität oder den „kollektiven Verbraucherschutz“ ausgeht, muss die FMA „anhand der üblichen für Konzessionserteilung und Aufsichtstätigkeit der FMA geltenden Maßstäbe und Erfahrungswerte“ beurteilen. Das reicht von der „Sicherheit der anvertrauten Ver-

mögenswerte“ bis zum Datenschutz. Der Testlauf kann auch vorzeitig abgebrochen werden, auf Wunsch des Antragstellers, aber auch von Amts wegen. Eigens geregelt ist zudem, dass Teilnehmer, sofern sie bereits Werbung für ihr Geschäftsmodell machen, nicht den Eindruck erwecken dürfen, dass die Sandbox für die Verbraucher besonders von Vorteil sei.

All das zeigt dann doch, dass für den einzelnen Kunden ein Restrisiko bleibt, das dem Gesetzgeber durchaus bewusst ist. Nicht erst seit Wirecard wissen wir freilich, dass das auch für etablierte Modelle gilt - wobei der Testbetrieb die Risiken auf lange Sicht eher verringern sollte.

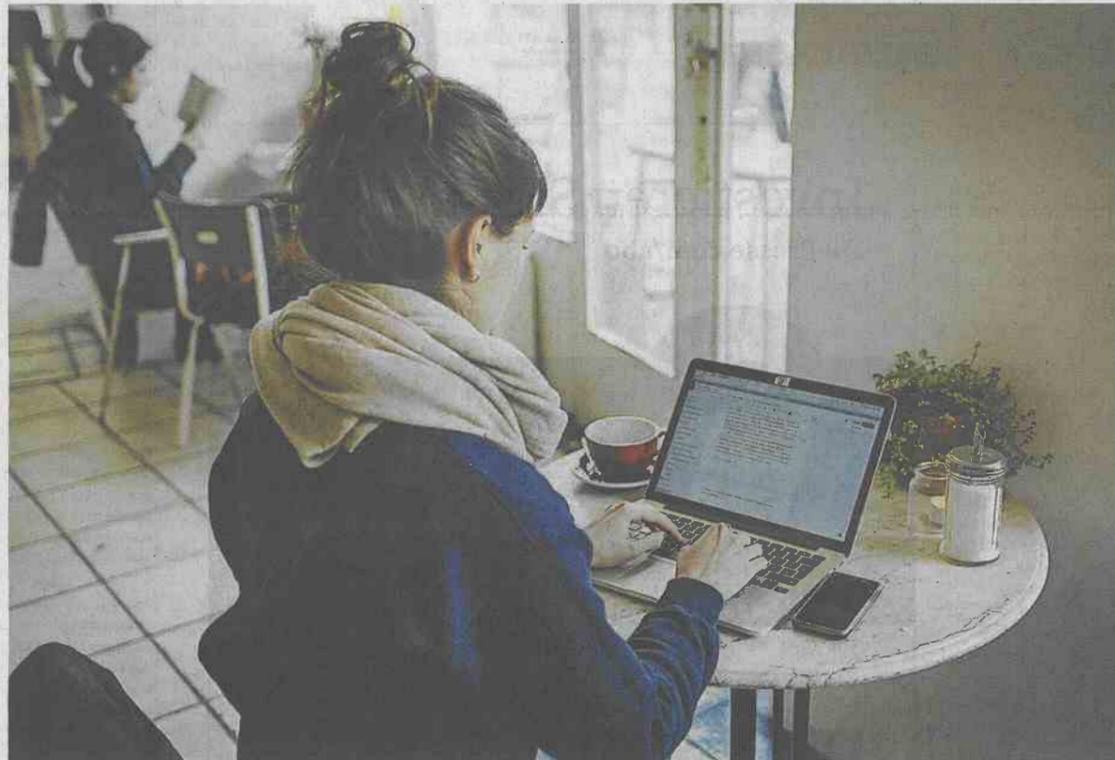
Vorreiter Großbritannien

Die Idee der Sandbox ist an sich nicht neu. Österreich hinke der internationalen Entwicklung sogar etwas hinterher, sagt Fischer. Die Pionierarbeit habe Großbritannien geleistet, „dort gibt es das schon seit 2015. Daran orientieren sich nun viele Staaten.“ Etwa die Niederlande seien da fortschrittlich - während Deutschland die Einrichtung einer Regulatory Sandbox seit Jahren verweigere. „Für Österreich könnte sich dadurch die Chance ergeben, Wien als Finanzplatz zu

stärken“, hofft die Juristin. „Wir erleben in der Beratungspraxis oft, dass innovative Geschäftsideen oder technische Neuerungen mangels gesicherter Rechtslage und wegen hoher Strafdrohungen nicht oder nur zögerlich umgesetzt werden - was schade ist. Die Sandbox könnte hier ein Innovationstreiber sein.“

Fischers Kanzleikollege Kaleb Kitzmüller betont, dass es eine Art Vorstufe zur Regulatory Sandbox in Österreich bereits gibt. „Seit 2016 können Fintechs der FMA über eine eigene Kontaktstelle neuartige Geschäftsmodelle vorstellen und aufsichtsrechtliche Fragen dazu stellen.“ Dabei geht es allerdings eher um Ideen, die noch nicht weit genug entwickelt sind, um getestet zu werden.

Bei der Entscheidung, welche Geschäftsmodelle in die Sandbox aufgenommen werden, soll der FMA ein Beirat zur Seite stehen, in dem unter anderem das Finanzministerium, das Bundeskanzleramt und die Nationalbank vertreten sind. Dotiert wird die Sandbox vom Bund mit 500.000 Euro pro Geschäftsjahr. Laut den Erläuterungen zum Gesetz soll das für „die adäquate Unterstützung einer erwarteten Anzahl von fünf Teilnehmern“ reichen.



Innovative Geschäftsmodelle - etwa Onlinetools - können bald im Echtbetrieb erprobt werden.

[Getty Images/2018 Photothek]

NACHRICHTEN

Allianz befürchtet mehr Schiffsunglücke

Die Allianz befürchtet nach der Coronakrise mehr Beschädigungen (Havarien) und Unglücke von und mit Schiffen: Der Abschwung setze die Schiffseigner unter Kostendruck - bei Wartung und Besatzung würde zuerst gespart, heißt es.

Gebrauchtwagen verkaufen sich wieder

Das Geschäft mit Gebrauchtautos hat laut Statistik Austria wieder angezogen. Nach einem Minus von 49 Prozent im März und 39 Prozent im April betrug der Rückgang im Mai nur mehr 3,2 Prozent. Im Juni gab es ein Plus von 27 Prozent.

Google investiert in indische Plattform

Der US-Technologiekonzern Google investiert für einen Anteil von 7,7 Prozent 4,5 Mrd. Dollar in die Digitalsparte des indischen Konglomerats Reliance Industries. Google will mit der Plattform Jio ein günstiges 4G- oder 5G-Smartphone auf den indischen Markt bringen.

Spotify expandiert massiv im Osten

Der Musik-Streamingdienst Spotify expandiert nach Russland und in zwölf weitere Länder in Europa, darunter Albanien, Kasachstan, Kroatien, Montenegro, Serbien, Weißrussland und die Ukraine.

Ex-Meinl-Bank: FMA hat Konkurs beantragt

In der Insolvenzcausa Anglo Austrian ABB AG (ehemalige Meinl-Bank) hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) nun selbst einen Konkursantrag beim Handelsgericht gestellt. Der Bank war im Februar die Lizenz entzogen worden.

Italien: Autobahn bald in Staatsbank-Besitz?

Die Infrastruktur-Holding Atlantia, Mehrheitseigentümer der Autostrade per l'Italia (Aspi), erklärte die Bereitschaft zum Rückzug und beugt sich so der Regierung, die mit dem Entzug der Konzession gedroht hatte. Laut Ministerpräsident Giuseppe Conte soll Aspi mehrheitlich von der Staatsbank CDP übernommen werden.

Mehr Frauen verloren ihre Arbeit

Coronakrise. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Februar betrifft zu 85 Prozent Frauen.

Wien. Die Arbeitslosigkeit ist in Österreich infolge der Coronakrise deutlich angestiegen. Betroffen sind überwiegend Frauen. Grund dafür ist, dass jene Branchen mit hohem Frauenanteil am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen waren, wie etwa der Handel, Beherbergung und Gastronomie, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheit und Soziales.

Ende Februar 2020 waren in Österreich 399.359 Personen arbeitslos gemeldet oder in einer Schulung des Arbeitsmarktservice (AMS). Ende Juni waren es 463.505 Personen. Die Arbeitslosigkeit ist also um 64.146 Personen höher. Von diesen „Corona-Arbeitslosen“ sind 54.702 Frauen und 9444 Männer, geht aus den Zahlen des AMS hervor. Der Anstieg der Arbeitslo-

Die besonders von den Schließungen infolge der Coronakrise betroffenen Branchen sind etwa Beherbergung und Gastronomie: Ende Februar gab es hier 39.145 Arbeitslose, Ende Juni waren es 73.162. Am Anstieg von 34.017 Personen lag der Frauenanteil bei 57 Prozent.

Im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen stieg die Arbeitslosigkeit von 53.846 Personen Ende Februar auf 67.433 Ende Juni. Der Anstieg betrug 13.587 Personen, davon waren 9128 Personen bzw. 67 Prozent Frauen.

Weniger Arbeitslose am Bau

Im Bereich Gesundheit und Soziales lag der Frauenanteil beim Anstieg der Arbeitslosen von Februar

lag er bei 74 Prozent. Auf dem Bau ging die Arbeitslosigkeit saisonbedingt trotz Corona deutlich zurück. Nach 49.964 Arbeitslosen Ende Februar waren Ende Juni nur mehr 25.734 Arbeitslose gemeldet. Von diesem Rückgang konnten allerdings nur Männer profitieren: 24.602 männliche Arbeitnehmer hatten Ende Juni wieder einen Job. Bei Frauen stieg die Arbeitslosigkeit am Bau um 372 Personen sogar leicht an.

Debatte um AMS-Geld

Korinna Schumann, Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) warnt: „Frauen dürfen jetzt nicht aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.“ Sie fordert, dass zumindest 50 Prozent des Förder-

Mehr Jobs für die Natur

Studie. Der Fokus auf umweltfreundliche Geschäfte könnte bis 2030 etliche Millionen neue Jobs bringen.

Genf. Nach der Coronakrise könnten bis 2030 rund 395 Millionen neue Jobs geschaffen werden - mit Ideen, die der Natur oberste Priorität einräumen. Zu diesem Schluss kommt die Stiftung Weltwirtschaftsforum (WEF) in einer am Mittwoch veröffentlichten Studie.

„Wir können unsere Nahrungsmittelressourcen schonen, unsere Infrastruktur besser nutzen und neue Energiequellen anzapfen, indem wir Lösungen suchen, die positiv für die Natur sind“, sagte Akanksha Khatri, Hauptautorin des Berichts. Mit entsprechenden Geschäftsideen könnten demnach gut zehn Billionen US-Dollar (8,77 Billionen Euro) umgesetzt werden. Heute

zen und fünf Tierarten, heißt es in dem Bericht. Obst und Gemüse bieten noch viele Ausbaumöglichkeiten.

Auch werde jede Sekunde auf der Welt ein Müllauto voll mit Textilien verbrannt oder auf Mülldeponien geladen: Besseres Recycling könne 148 Millionen Tonnen Textilabfall bis 2030 einsparen. Grüne Dächer, mehr LED-Lampen und bessere Isolierung könnten Milliarden einsparen und gleichzeitig neue Märkte für diese grünen Produkte schaffen. Bessere Bergbaumethoden könnten den Wasserverbrauch um 75 Prozent senken. In Indonesien etwa habe der Einsatz von Satellitenbildern und Sensoren in der Landwirtschaft Erträge um